



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Regionalentwicklung und
Wissenschaft
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm

DEMOGRAFIE – WANDEL GESTALTEN

gemäß der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des Demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- Landkreis, Verbandsgemeinde, Gemeinde oder kommunaler Zweckverband
- Verein/Verband
- gemeinnützige GmbH
- staatlich anerkannte Glaubens- oder Religionsgemeinschaft
- öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche Stiftung
- öffentliches Unternehmen

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Gründungsdatum*
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ 	Ort	ggf. Ortsteil
Branche/Tätigkeitsbereich*		Landkreis/Gemeindenummer
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

Hinweis: * nicht anzugeben bei Kommunen

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (Für welchen Ort/ welche Region soll das Projekt Anwendung finden?)

Straße, Hausnummer		
PLZ 	Ort	ggf. Ortsteil
Landkreis(e) - bitte benennen:		

Das Projekt wird überregional innerhalb von Sachsen-Anhalt durchgeführt.



2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

Handelt es sich um ein länderübergreifendes Projekt? Ja Nein

Wenn ja, bitte nachfolgend kurz erläutern:

2.3. Ziel des Vorhabens (Maßnahmen gemäß Ziffer 2 der Richtlinie)

- Unterstützung von Moderationsmaßnahmen, (z.B. Coachingprojekte zur Sensibilisierung der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Akteure für demografische Veränderungsprozesse)
- Entwicklung von Strategie- und Handlungskonzepten einschließlich der koordinierenden Begleitung
- Entwicklung von Konzepten und Projekten z.B. zur Anpassung der Infrastruktur und des Dienstleistungsangebotes aufgrund des Rückzugs privater oder öffentlicher Anbieter oder zur Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagements und der Netzwerkarbeit oder zum familiären Zusammenhalt der Generationen
- Initiierung und Unterstützung von interkommunalen und öffentlich-privaten Netzwerken und Organisationsformen zur Sicherung der Daseinsvorsorge
- Unterstützung von Projekten von regionalen und kommunalen Willkommens-Kulturen der Internationalisierung und Weltoffenheit.
- Kofinanzierung von Modellprojekten des Bundes und des Landes zu Fragen des demografischen Wandels

2.4 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens geplantes Ende des Vorhabens

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

davon für die Jahre

20 20 20

Sachausgaben	Summe			
Raummiete (über Projektzeitraum)	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
Mieten für technische Geräte*	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
Veranstaltungskosten/Öffentlichkeitsarbeit	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
Versicherungen	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
Investive Ausgaben*	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
sonstige Sachausgaben*	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
Summe Sachausgaben	<input style="width: 100%;" type="text"/>			

Fremdleistungen

Honorarkosten				
Dienstleistungen				
sonstige Fremdleistungen (bitte bezeichnen)				
Summe Fremdleistungen				

Personalausgaben

	Anzahl Stellen	Anzahl Stunden				
ehrenamtliche Helfer/Eigenarbeit**						
zusätzliches Personal***						
Reise- und Dienstreiseausgaben gemäß Bundesreisekostengesetz (BRKG)						
Summe Personalausgaben						
Gesamtausgaben						

Hinweise:

* Bitte gesondert aufschlüsseln

** Bitte hierzu das Formblatt „Erklärung zu den Eigenarbeitsleistungen“ vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet beifügen. Förderfähig sind maximal 5.000 EUR bei investiven Maßnahmen und maximal 1.000 EUR bei sonstigen förderfähigen Maßnahmen.

*** Bitte formlose Begründung beifügen

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel

sonstige Eigenmittel				
Eigenarbeitsleistungen				
beantragte Zuwendung				

Fremdmittel

Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)

Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)

Summe der Finanzierungsmittel				

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- a) Mir/uns sind die geltende „Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen für die Gestaltung des Demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt“ – Runderlass des MLV vom 16.08.2010 (Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt (MBL. LSA) 2010, S. 537), zuletzt geändert durch Erlass des MLV vom 15.01.2018 (MBL. LSA 2018, S. 49) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P bzw. ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde/n auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Die Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens, Planungsarbeiten für das Vorhaben und erforderliche Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Vorhabensbeginn.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- d) Ich bin/wir sind zahlungsfähig und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir uns damit einverstanden.
- k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- m) Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs - gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen): Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben und Erklärungen zu den Ziffern 1.1, , 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 3.1, 3.2, 5.b) bis 5.i) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß Unterlagencheckliste Ziffern 2. bis 15. sowie 17. bis 18. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Werbeeinverständnis

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

6.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)